

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2953&koobi...

CeiberWeiber +

Politik | Termine | Kultur | Kommentar | Initiativen | Wissenschaft | Life | Herstory | Sitemap | Suche

Innenpolitik International Europa Frauenrechte Wirtschaft & Arbeit Medien

Startseite » Artikel » Politik » Wirtschaft & Arbeit

Das TTIP und die Interessen von Frauen

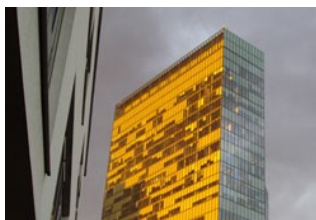
(13.4.2014) Das entwicklungspolitische Frauen-Netzwerk WIDE kritisiert die Verhandlungen über ein transatlantisches Handelsabkommen zwischen USA und EU als "Handelspartnerschaft ohne Partnerinnen". Der "Mehrwert" für Frauen besteht in "mehr unbezahlter Arbeit, Privatisierung öffentlicher Güter und Gefahren für Gesundheit und Sicherheit, da alle Schutzbestimmungen als 'nicht-tarifäre-Handelshemmnisse' angesehen werden können", heisst es in einer Aussendung.

Dabei bezieht sich WIDE auf den vollkommen intransparenten Verhandlungsprozess und auf Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen, etwa der NAFTA als Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko. NAFTA wird von NGOs in den USA wie Public Citizen als gewichtiges Argument gegen die derzeit verhandelten Abkommen mit Asien (TPP - Trans Pacific Partnership) und der EU (TTIP) angeführt. Zudem ist die Kritik von NGOs in der EU breit, auch in Österreich, wo neben WIDE etwa Attac, die Bergbauernvereinigung oder Global 2000 gegen das TTIP auftreten.

WIDE stellt zum Procedere fest, dass das TTIP "ohne Beteiligung der demokratisch gewählten Gremien und ohne Teilnahme der Zivilgesellschaft zwischen der EU-Kommission und 600 offiziellen, aber ungenannten Beratern verhandelt" wird und "einzig Vertreter von Konzernen" mit im Boot sind. "Speziell aus Frauensicht ist die Vorgangsweise, in Geheimverhandlungen weitreichende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vertragsbestimmungen auszuhandeln, höchst gefährlich und deshalb strikt abzulehnen. WIDE verlangt offen zu legen, WER mit wem WAS verhandelt. Da durch dieses Abkommen Wohlfahrtseffekte versprochen werden, ist zu klären, für wen und auf Basis welcher Annahmen diese Effekte errechnet wurden.

Die Befürchtung ist nicht unbegründet, dass es sich dabei um ein großes Umverteilungsprojekt zugunsten großer Konzerne und zulasten vor allem von Frauen handelt. Da es sich auch wesentlich um den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse handelt, ist von diesem Abkommen in hohem Maße der Dienstleistungssektor betroffen, in dem in Österreich 83 % der Frauen beschäftigt sind. Als Handelshemmnisse gelten in diesem Sektor auch arbeitsrechtliche Absicherungen, die Frauen Erwerbsarbeit ermöglichen mit der sie, neben ihrer unbezahlten Arbeit, zur Steigerung der Wohlfahrt beitragen. Aber diese Wohlfahrt ist im Abkommen TTIP sichtlich nicht gemeint. Es geht darin nicht zuletzt um das Aushebeln eines nachvollziehbaren Rechtswegs, der durch Gesetze und deren Kontrolle gewährleistet ist. Stattdessen soll ein mit Anwälten besetztes ad-hoc-Schiedsgericht Streitfälle zwischen Staaten und Konzernen regeln. Dies widerspricht sowohl nationalen als auch völkerrechtlichen Grundsätzen."

In einem Positionspapier verweist WIDE darauf, dass das TTIP auf "ein maximales Ausmaß an Liberalisierung" abzielt und "europäischen und US-Konzernen sowie Investoren höchste Standards für ihre Investitionen als Schutz garantieren" soll. Dass via TTIP Zölle reduziert werden sollen, fällt in der Praxis wenig ins Gewicht, weil es da nicht mehr viel zu reduzieren gibt. Bedenklich ist hingegen die geplante Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und das Schaffen optimaler Bedingungen für Investoren. WIDE erklärt zum Ablauf der Verhandlungen: "Die Partnerschaft besteht bis jetzt zwischen der EU-Kommission und '600 offiziellen Beratern' und Vertretern europäischer und US-amerikanischer Konzerne. Es handelt sich also um eine sehr ausgewählte Partnerschaft, jedenfalls ohne Partnerinnen.



- [Die Männer-Riesenpleite...](#)
- [Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...](#)
- [Wirtschaftsförderung und Frauen...](#)
- [Kindergeld in der Diskussion...](#)
- [Frauenministerin Bures: Armut ist weiblich!...](#)
- [ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...](#)
- [Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...](#)
- [Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...](#)
- [Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...](#)
- [Armut und Diskriminierung sind weiblich...](#)
- [Einkommensunterschiede: Stadträtin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...](#)
- [\(20.7.\) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...](#)
- [Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...](#)
- [Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...](#)
- ["Best of Business": Reine Männerwirtschaft...](#)
- [\(20.7.\) Beatrix Karl ist AAB-Generalsekretärin...](#)
- [Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...](#)
- [3.8. "Praktikantin gesucht!" Studie über Angebote in Österreich...](#)
- [Minisicherung oder: Das Leben der anderen...](#)
- [Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...](#)
- [Bezahlen Frauen die Männerkrise?...](#)
- [Diskriminierte Managerinnen...](#)
- [Frauenarbeit in der Krise - Gespräch mit Dwora Stein \(GPA\)...](#)
- [Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...](#)
- [Darf nur die Post zur Polizei?...](#)
- [Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...](#)
- [Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...](#)
- [Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...](#)
- [Frauen und Geld: Martina Eschelmüller-Futschik "TopFit for Money"...](#)
- [Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...](#)
- ["Klassenkampf" um die Mindestsicherung...](#)
- [Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?..."](#)
- [Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...](#)
- [Kein guter Gender Gap Report für Österreich...](#)
- [Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...](#)
- [Für das Grundeinkommen: Die "Kronungswelle" erreicht die Wiener Uni...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2953&koobi...>



Denn Frauen-NGOs/Gruppen sowie Gewerkschaften oder andere zivilgesellschaftliche Vertreter_innen waren weder eingebunden, noch informiert, noch waren ihnen, im Unterschied zu den Konzernlobbyisten, die Dokumente zugänglich. Doch wird gerade das 'verhandelt', was u.a. Frauenorganisationen mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft an Regelungen im Bereich Gesundheit, Hygiene, Ernährung, Sicherheit, Umwelt und Arbeit erreicht haben. Außerdem soll über Umfang und Qualität von öffentlichen Gütern und mögliche Privatisierungen verhandelt werden. Dieses Erreichte heißt in der Sprache des internationalen Handels 'nicht-tarifäre Handelshemmnisse' bzw. 'Markteintritts- und Investitionshemmnisse'.

Bereits seit Juni 2013 wird verhandelt "unter Missachtung aller demokratischen Grundregeln wie Transparenz, Information und repräsentativer Mitbestimmung aller gesellschaftlichen Gruppen. Demokratie ist jedoch gerade aus frauenpolitischer Sicht eine zentrale Errungenschaft, da sie die Voraussetzung für eine von Frauen mitbestimmten Rechtsordnung, deren Gesetze und Kontrolle darstellt. Nur weil es Gesetze und einen nachvollziehbaren Rechtsweg gibt, haben Frauen Rechte, auf die sie sich berufen und die sie auch einklagen können. Die geplanten ad-hoc-Schiedsgerichte würden diese Errungenschaften eines nachvollziehbaren Rechtsweges aushebeln, da diese keinem nationalen Recht noch dem Völkerrecht unterliegen."

WIDE ist sehr skeptisch hinsichtlich versprochener "quantitativer Wohlfahrtseffekte", die in Wahrheit wohl gering sein werden und von Verfechtern des TTIP sogar bis 2027 vorhergesagt werden: "Aus unserer Sicht ist das TTIP ein großes Umverteilungsprojekt 'nach oben' durch eine Art Enteignung von öffentlichen Gütern durch Privatisierung und den Zugriff auf die öffentlichen Budgets z.B. durch Entschädigungszahlungen bei einem Schuldspruch zu Lasten von Staaten. So würden Steueraufkommen u.a. von Leistungen für Frauen zu den Konzernen umverteilt werden. Es wird eine Umverteilung von Steueraufkommen sein, zu dem diese Konzerne wenig bis nichts beitragen werden, denn die Konzernbesteuerungsregelungen sind schon jetzt in vielen EU-Ländern äußerst günstig für Konzerne. Auch sind US-Konzerne verwöhnt – fast – keine Steuern zu zahlen, und sehr versiert, Vermögen zu sich umzuverteilen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen (rent seeking). Das steht im Gegensatz zur Situation von vielen Frauen, die für (oftmals geringe) Löhne immer eine Gegenleistung zu erbringen haben und vielfach Arbeiten tun, ohne dafür eine monetäre Gegenleistung zu erhalten."

Zu von manchen erwarteten Arbeitsplatzeffekten meint WIDE, dass "ganz grundsätzlich gefragt werden" muss, wann Erwerbsarbeitsplätze für Frauen Wohlfahrt statt Ausbeutung bringen. "Das tun sie zum Beispiel dann, wenn existenzsichernde Löhne bezahlt werden, wenn Berufs- und Familienarbeit vereinbar sind, wenn Frauen ihre Qualifikationen in der Erwerbsarbeit anwenden und weiterentwickeln können, wenn Frauen die Möglichkeit haben, Führungspositionen zu erreichen, wenn sie sozial- und arbeitsrechtlich gut abgesichert sind und dies auch kontrollierbar ist, wenn Arbeitnehmerinnen sich gewerkschaftlich organisieren können, es Betriebsrätinnen und damit Mitbestimmung gibt. Bereits abgeschlossene Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel das Abkommen zwischen Mexiko, Kanada und USA (NAFTA) machen deutlich, dass bezüglich all dessen große Skepsis angebracht ist. Denn in der Umsetzung des Abkommens ist es zu einer Ausweitung atypischer Erwerbsarbeit und somit zu einem Anstieg prekärer Arbeitsplätze gekommen.

In US-Konzernen gibt es zwar Diversitätsprogramme, die Frauenerwerbsarbeit gleichstellen, doch beschäftigten Konzerne zu einem immer höheren Anteil Frauen als Leiharbeitskräfte, für die diese Kriterien nicht gelten. Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es starke Gewerkschaften. Die in Europa bereits bestehende Tendenz, diese zu schwächen, könnte durch die gewerkschafts-averse Praxis von US-Konzernen und dem Wunsch nach transatlantischer Harmonisierung vorangetrieben werden. Somit ist zu befürchten, dass Frauen auch diesmal in Niedriglohnjobs mit prekären atypischen Arbeitsverträgen gedrängt werden, die einer Ausbeutung gleichen."

Eine der **Auswirkungen von NAFTA** waren teils dramatische Arbeitsplatzverluste in der verarbeitenden Industrie, mit dem Nebeneffekt, das zuvor einigermaßen anständig bezahlte Arbeitskräfte in den Sektor der schlecht bezahlten, prekär Beschäftigten etwa im Bereich Gastgewerbe drängten und mit denen konkurrierten, die schon bisher derlei Jobs hatten. Zudem

- [Volkskrankheit soziale Unterschiede...](#)
- [ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...](#)
- [Geringe Nachfrage nach einkommensabhängigem Kindergeld...](#)
- [Warum Frauen manches \(angeblich\) besser können...](#)
- [Wollen Frauen wenig verdienen?...](#)
- [Neue Initiative zu Frauen in Führungspositionen...](#)
- [Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...](#)
- [Unternehmerinnen in Wien...](#)
- [Die Einkommenstransparenz kommt...](#)
- [Was bringt die Einkommenstransparenz?...](#)
- [Kundgebung für eine Sozialmilliarde...](#)
- [Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...](#)
- [Werben für mehr Väter in Karenz...](#)
- [Unternehmen und Krisenmanagement...](#)
- [Eine Keule für Christine Marek!...](#)
- [Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...](#)
- [Von Väterkarenz und Rabenmüttern...](#)
- [Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...](#)
- [Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...](#)
- [Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...](#)
- [Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...](#)
- [Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...](#)
- [Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...](#)
- [Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...](#)
- [Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...](#)
- [Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...](#)
- [Kampf gegen Frauenquoten...](#)
- [Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...](#)
- [Weniger weibliche Führungskräfte...](#)
- [Fairer Kaffeespot mit George Clooney...](#)
- [Unterwegs im Korruptionssumpf...](#)
- [Kampagne "Spielsachen fair machen!..."](#)
- [Standard & Poor's versus EU-Staaten...](#)
- [Attac zum EU-Gipfel...](#)
- [Disput über den EU-Fiskalpakt...](#)
- [Pressesunde mit dem Bundeskanzler...](#)
- [Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...](#)
- [Attac zum Rating für Österreich...](#)
- [Frauen wirtschaften erfolgreicher...](#)
- [Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...](#)
- [Finanzmarktpolitik und Gender...](#)
- [Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...](#)
- [Was Social Banking bewirken kann...](#)
- [Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...](#)
- [Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...](#)
- [SPÖ sabotiert eigene Forderungen...](#)
- [Rote Karte für adidas...](#)
- [Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...](#)
- [Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2953&koobi...

begünstigt NAFTA industrielle Landwirtschaft und gefährdet bäuerliche Familienbetriebe. Was das TTIP betrifft, betont WIDE, dass in der EU der Dienstleistungsbereich vorherrschend ist und in Österreich ca. 83% der erwerbstätigen Frauen in dieser Branche beschäftigt sind. Dazu gehört der Pflegebereich: "Mit dem TTIP könnte der Markt für gewinnorientierte Pflegeheimbetreiber weiter geöffnet werden. Da mehr Frauen als Männer ein hohes Alter erreichen, in dem sie mehrere Pflegeleistungen brauchen und auch der Großteil der bezahlten Pfleger_innen Frauen sind, ist es bezüglich der Wohlfahrtseffekte essentiell, wie in diesen Heimen gepflegt und gearbeitet wird, welche Care-Standards dort gelten oder ob auch diese nach unten harmonisiert werden. Und das wird auch ganz wesentlich mitentscheiden, wie viel unbezahlte Care-Arbeit von Frauen geleistet werden muss."

Die Schlussfolgerung von WIDE ist daher: "Was bleibt also für Frauen vom Versprechen der Wohlfahrtseffekte? Mehr unbezahlte Arbeit, weil öffentliche Güter privatisiert, bepreist, vergibt werden? Gefahren, für Gesundheit Ernährung, Sicherheit, weil die diesbezüglichen Schutzbestimmungen als nicht-tarifäre Handelshemmnisse gelockert bis beseitigt werden? Mehr unbezahlte Konsumarbeit, weil Produktauszeichnungsvorschriften als nicht-tarifäre Handelshemmnisse reduziert werden und es viel Zeit und Arbeit braucht, sich die Informationen darüber zu beschaffen, welche Inhaltsstoffe enthalten sind, 'womit das Huhn behandelt wurde'? Erhöhte geographische Mobilitätsanforderungen auf Grund verschärfter Zumutungsbestimmungen für erwerbstätige Mütter und Väter, und somit weniger Zeit und mehr Ausgaben für ihre Kinder? Weniger freie Zeit durch - mehr - Überstunden?"

Befürchtungen von US-NGOs, dass Fracking durch das TTIP erleichtert wird, sind nicht von der Hand zu weisen. Denn gegen diese Fördermethode gibt es massiven Widerstand auf der Ebene von US-Bundesstaaten, wo man auch Handhabe dagegen hat. Mittlerweile gibt es auch http://readersupportednews.org/news-section2/312-16/23006-oil-consultant-turned-whistleblower-exposes-fracking-crimes-in-alberta Whistleblower aus der Öl- und Gasindustrie, die sich dem Kampf gegen Fracking anschließen. Und weil die EU, mit der die USA ihr Handelsabkommen erfolgreich abschließen will, von Öl und Gas aus Russland abhängt, soll Fracking-Gas aus den USA als Alternative angeboten werden: "The way to beat Vladimir Putin is to flood the European market with fracked-in-the-USA natural gas, or so the industry would have us believe," bringt Naomi Klein die Devise der US-Regierung im "Guardian" auf den Punkt.

Was Österreich betrifft, so scheinen die Fronten im Parlament klar: SPÖ, ÖVP und Neos sind für das TTIP, während Grüne, FPÖ und Team Stronach das Abkommen ablehnen. Dies wurde auch deutlich bei einem Runden Tisch, bei dem etwa die SPÖ so weit ging, GegnerInnen Gräuelpopaganda zu unterstellen. Ob die Mehrheit und die Regierung sich aber tatsächlich in den Verhandlungsprozess einbringen kann, erkennt man an der Haltung gegenüber den USA. Jene, die allem zustimmen, was die USA wollen, feiern einen einstündigen Besuch des US-Chefverhandlers schon als Höhepunkt der Transparenz und wiegen sich in der Illusion, Einfluss zu nehmen. Allen Parteien ist aber gemeinsam, dass sie mehr oder weniger schweigen zur NSA-Affäre - obwohl Österreich, siehe Artikel auf Deutsch und auf Englisch, total überwacht sein soll - und den US-Kurs gegen Russland (mit Ausnahme der FPÖ) bedingungslos mittragen.

Infos:
www.wide.at
www.ttip-stoppen.at
Runder Tisch zum TTIP (am 25.3.2014 mit allen Parlamentsparteien in Wien)
Widerstand in den USA und in der EU
Was TTIP und TPP bedeuten

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

- ESM ohne Durchführungsbestimmungen...
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
Der große Euro-Schwindel...
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...
ESM: Appell an den Bundespräsidenten...
Fischer unterzeichnet ESM und Fiskalpakt...
Gegen Vorabprüfung von Verfassungsgesetzen...
Die ESM-Haftungen visualisiert...
Wie Hessen SteuerfahnderInnen bekämpft...
Wie Goldman Sachs die Welt regiert...
Die Erste Bank und der Weltspartag...
Neue Studie über Karenzväter...
Die ÖVP und der Wirtschaftsstandort...
Kreative Sommer-Kinderbetreuung bei Frequentis...
Frequentis: Sicherheitstechnologie aus Österreich...
Rote Gewerkschafter präsentieren Überstunden-Studie...
Wenn die SPÖ ArbeitnehmerInnen bekämpft...
EU, USA, Wirtschaft und Spionage...
Widerstand gegen Handelsabkommen zwischen EU und USA...
Runder Tisch zum TTIP...

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links | Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag